



OFFEN GESAGT

DR. TASSILO WALLENTIN

Rechtsanwalt in Wien und Bestseller-Autor.
tassilo.wallentin@wallentinlaw.com

Registrierkassen, gläserne Konten und Fingerabdrücke für die Finanz: Während die finanziellen Repressionen gegen den Bürger immer schlimmer werden, zahlen milliardenschwere Großkonzerne teilweise weniger als 1% Steuern. Wo sind eigentlich die „gläsernen“ Konzerne?



Die Steuertrickserei der Konzerne

Die Inter Ikea Holding hatte im Jahr 2010 nur 48.000 Euro Steuern zu zahlen. Bei einem Nettogewinn von 2 Milliarden Euro. Das ist ein Steuersatz von 0,001865935 Prozent. So berichtet es die „Süddeutsche“. Apple verschob zwischen 2009 und 2012 laut der „Zeit“ 74 Milliarden Dollar nach Irland und zahlte dort dank eines Spezialabkommens weniger als 2% Unternehmenssteuer. Die „Welt“ berichtet, dass Google seine Auslandssteuer auf 5% drückte und Starbucks in den Jahren 2005 bis 2011 in Deutschland kaum Ertragssteuer zahlte. Und in der Amtszeit eines luxemburgischen Ministerpräsidenten namens Jean-Claude Juncker (heute: Herr EU-Kommissionspräsident Juncker) genehmigten Luxemburgs Steuerbehörden „Sparmodelle“, womit Konzerne auf ihren Gewinn weniger als 1% Steuern zahlten. Mit seinen knapp 500.000 Einwohnern hatte das Land ausländische Direktinvestitionen von 2400 Milliarden Euro. Es profitierten Firmen wie Amazon, Pepsi, Ikea und E.on (Herr Juncker behauptet heute, von dem als „Luxleaks“ bekannten Skandal nichts gewusst zu haben).

Die Formel ist einfach: Dort, wo man Geschäfte macht, rechnet man sich arm. Die Profite kassiert man in

Steuer-Oasen, deren Boden man nie berührt hat. Konzerne verrechnen ganz legal Leistungen und Produkte zwischen Niederlassungen, Dach- oder Briefkasten-Firmen hin und her, bis die Kosten in Ländern mit hohen Steuern und die Gewinne in Ländern mit niedrigen Steuern anfallen. Österreich entgehen so jährlich Milliardenbeträge.

Auf Hunderte von hochbezahlten Steuerexperten und Anwälten der Konzerne kommt nur eine Handvoll Mitarbeiter der Steuerbehörden. Anstatt 550 neue Beamte einzustellen, um auf der Straße bei Kunden von Friseuren, Beisl-Wirten oder Kleingewerblern Registrierkassen-Bons zu kontrollieren, sollte Österreich lieber 550 Beamte auf die Steuervermeidungs-Tricks der Konzerne ansetzen. Dort liegt auch der Skandal: Denn Konzerne benützen unsere Ressourcen, unser Wasser, die saubere Umwelt, den hohen Lebensstandard und unser sicheres Rechtssystem, um Gewinne zu erzielen, die sie dann global – legal – verschieben. Unserem Gemeinwesen, das all das bereitstellt, wird der faire Betrag vorenthalten. Das Geld fließt in Länder, die außer einer schlüpfrigen Steuerregel nichts beitragen.

Mehr noch: In Brüssel machen

Konzern-Lobbyisten gegen neue Gesetze mobil. Globale Unternehmensberater raten den EU-Regierungen (auch der österreichischen) „wegen der Krise“ zu finanziellen Repressionen gegen uns Bürger: zu Zwangsabgaben auf Sparguthaben, Enteignungen, Massen-, Vermögens- und Erbschaftssteuern. Dieselben globalen Unternehmensberater hecken hingegen für Konzerne raffinierte Tricks aus, wie sie den EU-Regierungen (auch der österreichischen) jährlich 1.000.000.000.000 Euro Steuern wegrechnen können.

Deutschland und Frankreich wollen sich das nicht länger bieten lassen. Sie machen jetzt massiv Druck gegen alle EU-Steuroasen. Österreich muss sich dem anschließen. Die Chance ist gut. Herr Juncker ist in dieser Frage angezählt. Statt den Gewinnen der Konzerne könnte man deren Umsätze und Mitarbeiteranzahl pro Region als Steuergrundlage heranziehen. Unhaltbar ist nur eines: „Den Bürger hängen und die Großen laufen lassen“.

> Folgen Sie Dr. Tassilo Wallentin nun auch auf Twitter und Facebook!

